

Volkstimme

Einzelpreis 150 Mf.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Dautz, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pann-
fuchs & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die
Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzustellungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 3600,00 Mf. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich
3450,00 Mf. — Anzeigengebühr: Die 10spaltige Nonpareilzeile 320,00 Mf., auswärts 400,00 Mf., im
Retelamettel Zeile 1200,00 Mf., auswärts 1500,00 Mf. Vereinstalender Zeile 300,00 Mf. Anzeigenrabatt geht verloren,
wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postbestkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 122.

Magdeburg, Mittwoch den 30. Mai 1923.

34. Jahrgang.

Der Dolchstoß der Industriellen.

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat einen neuen Beweis seines mangelnden Pflichtgefühls gegenüber der Volksgemeinschaft erbracht und damit bestätigt, daß ein wesentlicher Teil der deutschen Wirtschaft auch in der schwersten Not des Vaterlandes den Profit über alles stellt. Gestern haben wir mitgeteilt, daß diese Institution an den Reichskanzler ein Angebot gerichtet hat, monach sie unter bestimmten Voraussetzungen politischer und wirtschaftlicher Art zur Erledigung der Reparationsverpflichtungen einen Gesamtbetrag von 200 Millionen Goldmark jährlich beizustellen will.

Für diese geringfügige Summe wird nicht mehr und nicht weniger verlangt als die Aufhebung der Kohlenbewirtschaftung, die den Industriellen finanziell jährlich allein so viele Millionen einbringt, als sie zur Verfügung stellen wollen. Aber damit sind sie noch nicht zufrieden. Darüber hinaus wird noch ein erheblicher Profit verlangt. Dieser Verdienst ergibt sich aus der Forderung nach Aufhebung der Ausfuhrabgabe, deren finanzielles Erträgnis ebenfalls fast so groß ist wie die angebotene Summe. Schon diese beiden Tatsachen, die von einer großen Zahl anderer Forderungen, darunter der systematischen Durchlöcherung des Achtstundentags, begleitet werden, beweisen, daß die Industrie auch weiterhin aus den Reparationen für sich Gewinne ziehen und die ungeheuren Lasten auf die Arbeitnehmer abwälzen will. Die größte Unverschämtheit, die an Landesverrat grenzt, ist, daß sie zunächst die Verpfändung sämtlicher Einkünfte des Staates und die Verwendung aller Besitztümer des Reiches als Bürgschaften für auswärtige Anleihen fordern, bevor sie überhaupt in Aktion treten wollen.

Dieses Machwerk der Industrie ist in erster Linie auf den Volksparteiler Stinnes zurückzuführen. Es kam gegen den Willen eines großen Teiles der verarbeitenden Industrie, insbesondere der chemischen Industrie, zustande. Würde sich die Regierung mit den Forderungen abfinden und sie als Entgelt für die Bereitstellung der lumpigen Summe von 200 Millionen Goldmark, die sie durch eine Vermögenssteuer billiger haben könnte, verwirklichen, dann hieße das in seiner Wirkung, den Staat und damit die Staatsgewalt erledigen. Wir kämen der mittelalterlichen Ständeherrschaft näher, die Industrie würde der jeweiligen Regierung die staatspolitischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen diktiert.

Schon kommen aus dem Ruhrgebiet die ersten Anzeichen eines Bürgerkriegs, der sich über das ganze Reich ausdehnen könnte, wenn den Wünschen der Industrie auch nur im geringsten Rechnung getragen wird. Die deutsche Arbeiterschaft läßt sich den Achtstundentag nicht nehmen, sie läßt sich auch eine Durchlöcherung nicht gefallen und lehnt es mit Entschiedenheit ab, weiterhin die Lasten, die nun einmal zu tragen sind, allein auf sich zu nehmen, während eine kleine Kaste fortgesetzt Gewinne macht und trotz der Not des Volkes ihren Patriotismus durch Steuerdefraudantentum befähigt.

Endlich müssen diejenigen zur Erledigung unserer Reparationsverpflichtungen herangezogen werden, die während des vierjährigen Massenmordes Kriegsgewinne machten, später zu Reparationsgewinnlern und dann zu Inflationsgewinnlern wurden: die Sachwertbesitzer. In Sand der Statistik über die Steuereinkünfte der letzten Jahre ist leicht nachzuweisen, wie sich die Inhaber von Sachwerten bisher von den Lasten gedrückt haben. Allein im Steuerjahr 1921/22 betrug die Körperschaftsteuer nur den 18. Teil der von den Arbeitnehmern aufgebrachtene Einkommensteuer, nämlich 1,5 Milliarden Mark, und im Steuerjahr 1922/23 nur noch den 88. Teil, nämlich 6,5 Milliarden Mark. Dieser Zustand muß beseitigt werden, und er kann eine wesentliche Milderung erfahren, wenn man sich endlich dazu entschließt, den Sachbesitz zu erfassen.

Das sogenannte „Angebot“ der Industrie ist ein Dolchstoß gegen die an der Ruhr im Abwehrkampf stehende Arbeiterschaft. Es erscheint uns deshalb unbegreiflich, wie die bürgerliche Arbeiterschaft gewissermaßen Vobeschymnen auf die Industrie singen kann. Gewiß, in einem Punkte haben auch die Herren von der Industrie unter Führung des Herrn Stinnes Aufklärung geschaffen. Sie haben in ihrem Brief an den Reichskanzler, wenn auch ungewollt, klar zu verstehen gegeben, daß eine befriedigende Lösung des Reparationsproblems ohne Erfassung des Sachbesitzes nicht möglich ist. Da aber ein derartiger Schritt

nicht durchgeführt werden darf in der Art und Weise, wie es die Industrie fordert, und da nach dem ganzen bisherigen Verhalten der deutschen Wirtschaft nicht anzunehmen ist, daß sie ihre Auffassung ändert und sich zu ernsthaften Opfern bereit erklärt, muß der Staat mit Zwang diese Opfer durchsetzen. Die deutsche Arbeiterschaft wird jede Regierung unterstützen, die in diesem Sinne vorgeht.

Wie der Dolch gezückt wird.

In der Denkschrift wird gefordert, daß der Staat verpflichtet sei, zunächst die ihm und den Ländern gehörenden Objekte auszubenten, wenn diese nicht ausreichen, die Gesamtheit des Volkes heranzuziehen, und erst dann dürfe er begrenzte Volkskreise zur Tragung von Sonderlasten auffordern.

Im das Bekenntnis, daß die Wirtschaft für das im Staate verführte Vaterland bis an die Grenze der Tragfähigkeit eintrete, knüpfen die Industriellen Forderungen in einer Form und Art, die an die mittelalterlichen Finanzgeschäfte zwischen ständischen und wirtschaftlichen Machtgruppen und den von ihnen abhängigen Fürsten als dem Vertretern einer mehr oder minder jüngeremäßen Staatsform erinnern. So wird dem Reiche von den Industriekapitänen in bezug auf die staatlichen Betriebe vorgeschrieben:

Eine erfolgsversprechende Sanftbarmachung der (alleinigen) staatlichen Pfandobjekte kann nur vor sich gehen, wenn die Reichs- und Staatsbetriebe nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen regeneriert und dauernd betrieblen werden. Nach Meinung der Industrie wird es möglich sein, auf diesem Weg aus diesen Betrieben in absehbarer Zeit jährlich etwa 600 Millionen Goldmark, bei günstiger Entwicklung der Wirtschaft eine Milliarde und mehr herauszuwirtschaften.

Von der Höhe der staatlichen Jahresleistungen wollen die Industriellen die Höhe der privatwirtschaftlichen Bürgschaft abhängig machen. Sie erklären, daß diese „Zusatzbürgschaft“ nur in einer Verpfändung der Sachwerte liegen, aber nur übernommen werden könne, wenn das Gesamt-Blenn der Reparationen eine wirkliche Lösung finde. Die Industriellen sagen über die Höhe folgendes:

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist der Ansicht, daß die Wirtschaft — und zwar landlicher und städtischer Grundbesitz, Industrie, Handel und Bankgewerbe — unter Ausnutzung aller Kräfte neben den sonstigen schwereren Lasten und unter Erfüllung einer Reihe von Voraussetzungen jährlich eine Zusatzgarantie bis zum Höchstmaß von 500 Millionen Goldmark auf die Dauer von 50 Jahren übernehmen sollte. Der Kapitalwert einer derartigen Jahresleistung überschreitet die Hälfte des gegenwärtigen Verkaufswertes desjenigen gesamten privaten im mobilen Besitzes, der als Pfand dienen muß. Die industrielle Wirtschaft erklärt sich bereit, 40 Prozent der genannten Garantiesumme zunächst ohne Rücksicht auf das normale Kräfteverhältnis der Wirtschaftsguppen zu übernehmen.

Der Beteiligungsmäßig der verschiedenen Wirtschaftsguppen muß sich in Zeitabschnitten von mehreren Jahren je nach der Verschiebung der wirtschaftlichen Lage sowohl nach oben wie nach unten ändern. Insbesondere wird es erforderlich sein, den städtischen Hausbesitz innerhalb angemessener Frist zunächst durch Abbau der Zwangsrenten wieder ertragsfähig zu machen, ehe er entsprechend herangezogen wird.

Die gesamte Industrie will also ganze 200 Goldmillionen jährlich aufbringen, sie will grundsätzlich nur den unbeweglichen Besitz verpfänden, also nur Gebäude und Grund und Boden. Auch daran werden noch Bedingungen geknüpft, die den Industriellen ein glänzendes Geschäft auf Kosten der Arbeiter sichern. Die Industriellen fordern:

1. Grundsätzliche Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung, unbeschädigt höchster Bekämpfung wirklichen Wuchers, mithin:
 - a) Aufhebung der Kriegs- und Zwangswirtschaft, einschließliche des Abbaues der Außenhandelskontrolle, soweit letztere nicht zur Sicherstellung einiger weniger lebenswichtiger Erzeugnisse für Volksernährung und dergleichen erforderlich und tatsächlich durchführbar ist;
 - b) Aufhebung aller Demobilisierungsvorschriften und Beschränkung der Staatsgewalt auf das Schiedsrichteramt bei Wirtschaftstreitigkeiten von allgemeiner Bedeutung.
2. Erhaltung des Betriebskapitals und Ermöglichung angemessener Neubildung von Privatkapital zum Zwecke der Erhaltung und Entwicklung der Wirtschaftsbetriebe, mithin entsprechende Umgestaltung der heute vielfach willkürlichen Steuergegebung (z. B. Gewerbesteuer), insbesondere:

Hebung der Steuermoral und Schaffung eines klaren, den Sparjinn anregenden Steuersystems.

3. Volle Einsetzung der vorhandenen Arbeitskräfte für quantitative und qualitative Hebung der Produktion, also Steigerung der allgemeinen Arbeitsleistung. Dies heißt voraus — bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentags — Erhöhung der Tariffreiheit im Sinne der Vorarbeiten des Reichswirtschaftsrats, Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes, ferner Entlastung der Wirtschaft von unproduktiven Löhnen.

Und zum Schluß fordert der Industriellenverband auch noch ein „offenes Bekenntnis von Regierung und Volk zu derartigen Grundfragen“, sowie sofortige Verwirklichung. Sonst lehnt die Industrie die Verantwortung für die weitere Zukunft Deutschlands ab.

Von einer Zukunft ist aber nicht mehr zu reden, wenn der Dolchstoß der Industriellen gelingen sollte. —

Das Geheimnis des Fehrenbach-Urteils.

Der flammende Protest aller Freunde des Rechts gegen das auf 10 Jahre Zuchthaus lautende unerhörte Urteil, das am 20. Oktober 1922 vom Volksgericht München I gegen den Schriftsteller Fehrenbach gefällt wurde, ist bisher ohne jede Wirkung geblieben. Nach wie vor schmachtet Fehrenbach, der Schüler, Privatsekretär und Freund des ermordeten Kurt Eisner, hinter Kerkermauern, weil es einem bayrischen Volksgericht gefiel, den politischen Gegner mundtot zu machen.

Kammergerichtsrat Freymuth wird in den nächsten Tagen im Verlag der „Neuen Gesellschaft“ eine Broschüre unter dem Titel „Das Fehrenbach-Urteil“ herausbringen, der Dr. Wilhelm Thimme, der einzige Sachverständige in diesem einzigartigen Prozeß gegen Fehrenbach, Geleitworte mit auf den Weg gegeben hat. Freymuth gibt eine umfangreiche Geschichte der bayrischen Volksgerichte, denen durch ein von dem ehemaligen „demokratischen“ Justizminister Bayerns Dr. Müller (Meiningen) unterschriebenes Gesetz vom 12. Juli 1919 auch Hoch- und Landesverratsachen unterstellt wurden.

Man kennt die bayrischen Volksgerichte! Eine schriftliche Anklage ist nicht nötig, gegen das Urteil gibt es keine Berufung, selbst ein Wiederaufnahmeverfahren ist ausgeschlossen. Die mit so barbarischen Strafen gegen Deutsche wütenden französischen Kriegsgerichte stehen also noch über diesen bayrischen „Volksgerichten“, denn sie kennen wenigstens eine Berufung und ein Wiederaufnahmeverfahren.

Freymuth ist in der Lage, endlich das Geheimnis des Fehrenbach-Urteils zu lüften und die Frage zu beantworten, wofür Fehrenbach verurteilt wurde. Es handelt sich um das berühmte Ritter-Telegramm, das her bayrische Gesandte beim Heiligen Stuhl Ritter am 26. Juli 1914 an seine Regierung sandte und das Fehrenbach dem Vertreter des Pariser „Journal“, René Rivot, übergab, der es unter dem Datum „Genf, 28. April“ in Verbindung mit dem auch von Fehrenbach stammenden Erzberger-Memorandum in seinem Blatte mit eigenem Kommentar und unter seinem Namen veröffentlichte. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

Baron Ritter an die bayrische Regierung.
Der Papst billigt ein scharfes Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien. Der Kardinalstaatssekretär hofft, daß dieses Mal Oesterreich standhalten wird. Er fragt sich, wann es denn sollte Krieg führen können, wenn es nicht einmal entschlossen wäre, mit den Waffen eine ausländische Bewegung zurückzuweisen, die die Ermordung des Erzherzogs herbeigeführt hat und die in Rücksicht auf die gegenwärtige Lage Oesterreichs dessen Fortbestand gefährdet. In seinen Erklärungen entfällt sich die Furcht der römischen Kurie vor dem Panlawismus.
gez.: Ritter.

Das Urteil des Volksgerichts sagt, „daß die Veröffentlichung dieser beiden Urkunden im Ausland geeignet sei, dem Vaterland schwersten Schaden zuzufügen. Er (Fehrenbach) ist daher für die mit seinem Wissen erfolgte Veröffentlichung des Ritter-Telegramms strafrechtlich verantwortlich und hat sich eines Verbrechens des vollendeten Landesverrats schuldig gemacht“.

Diesem Urteil stehen die geschichtlichen Tatsachen gegenüber, die erweisen, daß durch diese Veröffentlichung Deutschland irgendein nennenswerter Schaden gar nicht zugefügt werden konnte und zugefügt worden ist. Aber die Begründung des Gerichts steht nicht nur im Widerspruch mit der Geschichte, sondern ist auch durchaus „unentschieden und juristisch stümperhaft“. Es genügt nämlich zur Verwirklichung des Tatbestandes nicht, daß Fehrenbach das

Die Lage in Dresden.

Von amtlicher Stelle werden die Nachrichten über Krawalle in Dresden als zum Teil sehr übertrieben bezeichnet. Plünderungen sind nicht vorgekommen, auch keine ernstlichen Zusammenstöße mit der Polizei.

Immerhin scheint auch in Dresden nicht geringe Unruhe infolge der sprunghaften Preissteigerungen entstanden zu sein, die ihren Ausdruck in Umzügen fand und einem Druck auf die Geschäfte. Der Rat der Stadt Dresden beschloß, 500 Millionen Mark zu Unterstüßungszwecken auszugeben. Er spricht aber die Erwartung aus, daß diese Summe durch Sammlungen von Industrie, Handel und Banken gedeckt wird. 50 000 Unterstüßungsbedürftigen kann damit eine Summe von 10 000 Mark gezahlt werden. Weiterhin wurde die Staatsregierung ersucht, bei der Reichsregierung unverzüglich um ausreichende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung einzutreten. Es ist festgestellt worden, daß die Erregung darin zu suchen ist, daß in den letzten Tagen der großen Marktentwertung in den Markthallen die Lebensmittel einviertelstündlich heraufgesetzt wurden. Die Preisprüfungskommission hat nunmehr festgestellt, daß Preisserhöhungen für Lebensmittel usw. nicht im Laufe eines Tages vorgenommen werden dürfen.

Ein neues Zuckersteuergesetz.

Die Reichsregierung beabsichtigt demnächst den parlamentarischen Körpern ein neues Zuckersteuergesetz vorzulegen, das am 1. September d. J. in Kraft treten soll. Der Entwurf, der in erster Linie darauf hingielt, die Zuckersteuer zu erhöhen, ist nunmehr abgelehnt worden, da die steuerliche Belastung des Zuckers infolge der fortschreitenden Gelbentwertung und der dauernd gestiegenen Zuckerpriese der letzten Jahre augenblicklich zur Bedenkenswürdigkeit herabgesunken ist. Vor dem Kriege betrug die steuerliche Belastung 35 Prozent des Zuckerpriese; jetzt ist sie auf ein Sechstel des Zuckerpriese gefallen. An dem bisherigen System der Gewichtsteuer soll auch künftig festgehalten werden. Als Steuerfuß sind 12 000 Mark bei Stärkezucker und 30 000 Mark bei andern Zuckern auf 100 Kilogramm Reingewicht vorgesehen. Um die Steuer jederzeit der Bewegung der Zuckerpriese anpassen zu können, ist die Bestimmung getroffen, daß der Reichsfinanzminister ermächtigt werden soll, mit Zustimmung des Reichsrats die Zuckersteuer zu erhöhen und zu ermäßigen. Innerhalb eines Betriebsjahres (1. September bis 31. August) soll eine Veränderung der Steuer nur erfolgen, wenn der Großhandelspreis für Zucker seit dem Inkrafttreten der letzten Festsetzung der Steuer um 50 Prozent gestiegen oder gefallen ist.

Der Entwurf sieht die Beibehaltung der dauernden steuerlichen Bewachung der Zuckerfabriken vor. An ihre Stelle soll, wie bei den andern steuerbaren Waren, eine buchmäßige Steueraufsicht entsprechend der Reichsabgabenordnung eingeführt werden, deren Ertrag auf etwa 300 Millionen Mark geschätzt wird.

Die Jugend-Internationale.

Dritter Verhandlungstag.

Es wird in die Debatte über das Referat „Die proletarische Jugend und der Kampf gegen den Krieg“ eingetreten. Hoffmann (Darmstadt) hat Bedenken gegen die Erziehung zur Wehrhaftigkeit. Dvorak (Tschchoslowakei) spricht über die Verhältnisse in seiner Heimat und wird vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, nicht eine nationale Debatte heraufzubekommen. Gohary (Belgien) meint, daß es nicht darauf ankomme, Rückschlüsse über den Kampf gegen den Militarismus aufzustellen, sondern unserer Jugend zu zeigen, wie sie zu kämpfen hat. Bailliant (Frankreich) schließt sich diesen Ausführungen vollständig an. Kundabje (Georgien): Der Kampf gegen den östlichen Militarismus muß genau so geführt werden wie gegen den westlichen.

Breuer (Deutschland): Wir müssen uns davor hüten, die Ehehe von der Notwendigkeit der Verteidigung des Vaterlandes ohne weiteres anzunehmen. Man kann im Augenblick des Ausbruchs eines Krieges nicht ohne weiteres beurteilen, wer der

hatte bekanntlich die Teilnahme an der Revolutionsfeier von 1848 abgelehnt. — Der Erzbischof von Canterbury weist in einem Schreiben an das Mitglied des Wohlfahrtsausschusses einer englischen Universität auf die Bedeutung der Beziehungen des Ausschusses zugunsten der notleidenden deutschen und österreichischen Studenten mit den Worten hin: Wir müssen versuchen, das intellektuelle Leben Europas zu fördern und wieder zu beleben; es würde verhängnisvoll sein, wenn der Beitrag, den die deutschen Universitäten für die Wissenschaft leisten, wegfiele. Der Erzbischof von Canterbury gehört zu den ganz wenigen Geistlichen, die auch während des Krieges ihre Menschenpflicht nicht vergessen, sondern sich um die Familien internierter Deutscher tatkräftig kümmern haben.

Musik. Der Deutsche Volksgefangenenverein in Wien, der sich die Pflege des Liedes in den österreichischen Alpenländern zur Aufgabe gestellt hat, gab in Berlin unter Leitung seines Chormeisters Liebleitner einen glänzend gelungenen Liederabend. Die österreichischen Sangesbrüder wurden herzlich gefeiert.

Wie Scheidemann „gegaugelt“ wurde. Im neuesten Hefte der „Globe“ veröffentlicht Philipp Scheidemann ernste und heitere Erinnerungen aus seinem Leben. Den Anlaß dazu bietet ihm der Umstand, daß in diesem Monat 40 Jahre verlossen sind, seit er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und seiner gewerkschaftlichen Organisation wurde. „In meine Gewerkschaft“, so erzählt er, „hätte ich eigentlich schon Ende April 1883, sofort nach Beendigung meiner Lehrzeit, aufgenommen werden müssen; das wurde jedoch aus einem sehr profanen Grund um einige Wochen verzögert. Wie viele andre Gewerkschaften, so hielten auch die Buchdrucker damals noch an einem ulkig-jünglerlichen Gebrauch fest: dem „Gauischen“. Als jüngster Gehilfe wurde nur der angehehen, der regelrecht gegauelt war. Was das ist, ist nicht ganz leicht zu erzählen, doch will ich es versuchen. Wenn der junge Mann, der seine vierjährige Lehrzeit beendet hatte, nichtszählend dabei war, mehr oder weniger lesbare Manuskripte zu entziffern — Schreibmaschinen waren damals noch nicht im Gebrauch —, dann packten ihn plötzlich einige handfeste ältere Kollegen bei den Händen und süßen, schwangen ihn hoch und drückten dann den Teil seines Körpers, von dem man auf Grund anatomischer Erkenntnis behauptet, daß er da anfängt, wo der Rücken aufhört, seinen anständigen Namen zu führen, auf einen tiefen Schwamm, der — so wasserhaltig als möglich — auf einen der mehr als meterhohen dreibeinigen Korrigierstühle gelegt worden war. Während der Desiquent dann, umringt von allen bereits gegauelten Gehilfen, die kampfhaftesten Anstrengungen macht, sich dem Schwamme fernzuhalten, spricht der Gaußmeister die vom talentierten Kollegen verfaßten Beschwörungsformeln und sonstige festliche Sprüche. Nach dieser Taufe wurde dann bei feierlichem Gelage dem Gegaugelten feierlich ein Gaußbrief überreicht. Von da ab ist er der Jünger der schwarzen Kunst für voll angesehen. Als es den Kollegen gelungen war, mich auf den Schwamm zu bringen, waren nahezu drei Wochen vergangen.“

Angreifer ist. Wir dürfen uns dabei nur von den Interessen des internationalen Proletariats leiten lassen. Wegener (Lung-Sozialist, Deutschland): Die deutsche Arbeiterkass hat der Welt ein glänzendes Beispiel gegeben wie man ohne Gewalt durch das Mittel der passiven Resistenz einem fremden Militarismus mit Erfolg entgegentritt.

Thaller (Österreich): Wir dürfen die Jugend nicht nur zur Idee des Völkervertriebs, zur Internationalen, zum Pazifismus erziehen, sondern nebenher muß auch, nicht in einem militärischen Sinne, die Jugend zur ständigen Kampfbereitschaft für ihre eignen proletarischen Rechte erzogen werden. Es sprechen noch die Genossen Dübi (Schweiz), Baillant (Frankreich) und Voogd (Holland).

Der internationale Sekretär, Genosse Ollenhauer (Berlin), hält das letzte Referat über die „Schaffung einer sozialistischen Jugendinternationale“. Die neue Jugendinternationale betrachten wir als die Fortsetzung der 1907 in Stuttgart gegründeten 1. Jugendinternationale. Wir nehmen dies Werk wieder auf, aber auf einer breiteren Basis, um es neuer Arbeit zuzuführen. Wir müssen den Ring der proletarischen Jugendorganisationen immer mehr schließen und dahin streben, daß auch in den Ländern, wo heute noch keine Jugendorganisation besteht, die Jugend für unsere Ideen begeistert wird und sich eine eigne Organisation schafft. Wenn wir heute die Internationale gründen, dann ist damit unsere Aufgabe noch nicht erledigt, dann beginnt erst die eigentliche Arbeit; dann müssen wir unsere Organisation stark machen, damit wir zum Kampf für unsere Ideale gerüstet sind. Nach einer längeren Aussprache wird in die Mittagspause eingetreten.

Am 4 Uhr tritt der Kongress zu einer neuen Sitzung zusammen. Anzweihlen haben die Kommissionen Stellung zu den vorgelegten Leitfäden genommen. Die Referenten erstatteten Bericht, worauf alle Leitfäden einstimmig gebilligt werden. Ebenso wird das Bureau einstimmig gewählt, das zusammenge setzt ist aus den Genossen Voogd (Holland), Ollenhauer und Abrecht (Berlin), Thaller und Heinz (Wien), Paul (Deutschböhmen) und de Grave (Belgien). Das Sekretariat soll vorläufig nach Berlin verlegt werden.

Nach einigen begeisterten und anfeuernden Schlussreden der Genossen Voogd und Thaller wurde der Kongress geschlossen. Die neue geeinte Jugendinternationale ist damit aus der Taufe gehoben.

Dollar Amtliche Notiz vom Montag 62 020 **60300 Mark** Dienstag mittag zirka

Internationale Charakterköpfe.

Vom abgeschlossenen Hamburger Kongress bringt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ aus der Feder Schachers eine Würdigung und Charakterisierung der internationalen Führer. Wir lesen dort:

„Da standen die Deutschen mit Wels und Crispian, die durch ihre Vereinigung der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen das Beispiel für die Internationale gegeben und die Wiederknüpfung der durch den Krieg zerrissenen internationalen Fäden sowohl möglich als unausweichlich gemacht haben. Alle Vorkämpfer der Internationale stehen erschüttert von der Reihe des Augenblicks da, der große Ewald Bernstein und Malenkow; Karl Kautsky, der glänzende Vorkämpfer des Marxismus, fehlt leider; er erkrankte im letzten Augenblick.“

Da ist der Belgier Vandervelde, der glänzende französische Redner. An das Feuer des unvergesslichen Jaurès, des Märtyrers des französischen Sozialismus und der Internationale, erinnert Paul Jaurès, wohl der vom französischen Bürgertum meistgeschätzte Sozialist, bei dessen Abreise nach Hamburg die Pariser Regierungspresse schrieb, er führe nach Deutschland, um Frankreich an die preussischen Junker zu verkaufen. Neben diesem Mann mit dem südfranzösischen Typus sitzt Longuet, wie der nordische Dichter Strindberg aussehend, mit grauem langem Haar, ein Enkel von Karl Marx, Sohn seiner Lieblingsstochter. Und Leon Blum, dieser schwächlich aussehende Franzose, dem die Kapitalisten in der Kammer wundenbrannt „Jude!“ zuschrien, als er gegen die Befegung des Ruhrgebietes protestierte, dieser Redner, der den Kongress zu Stürmen des Beifalls hinriß.

Zu diesen hitzigen, in Rede und Geiste überprudelnden Männern gehört auch der Italiener Modigliani, mit großem Vorkamp und funkelnden Augen hinter dem Fächer; er spricht französisch wie ein Franzose, und mit einer Stimme, die in der Erregung überschlägt und dann mit dem breitschultrigen Wamme nicht übereinstimmt. Er und Treves sind allein aus Italien gekommen. Das Mitgefühl mit dem schwer leidenden Proletariat seines Landes trägt ihm die Sympathien des Kongresses zu. Das Feuer des Beifalls scheint aus diesem Munde herauszuschlagen, da er die Schicksale der italienischen Arbeiterkass schildert.

Die verkörperte Ruhe scheinen gegenüber diesen lebhaften Nationen die Engländer zu sein; der behäbige Tom Shaw, breitschultrig, rotgesichtig, ein kleines Halsstarrschöpfchen über der Stirn, der Typus eines englischen Arbeiters, ruhig und gemessen wie Henderson, die gedorenen Vorstehenden. Der geistreiche Schriftsteller Burdon ist da, neben dem Geschichtschreiber der englischen Gewerkschaftsbewegung, Sidney Webb.

Der alte Berger aus Amerika und Hillquith, der ebenfalls über das große Wasser gekommen ist, ein nachsichtig lächelnder ruhiger Sprecher der Amerikaner, die ihre Zustimmung zu einer Rede durch Klapsen auf den Tisch oder mit dem Spazierstock auf den Fußboden ausdrücken.

Der beredete Wortführer der Russen ist Abramowitsch, der unter dem Jaren in Sibirien geschmachtet hat und jetzt unter Lenin in Berlin leben muß; kein einziger Vertreter der russischen Sozialdemokraten konnte aus Rußland kommen, alle sind im Exil, soweit sie nicht eingekerkert sind.

Das hat das kommunistische Rußland mit dem Hortb-England gemeinsam, das auch nur durch Emigranten, unter ihnen durch Garbai mit dem typisch-madjarischen dunkeln Gesicht, vertreten ist.

So reist sich Nation an Nation, Stamm an Stamm. Die tschechoslowakische Republik hat tschechische Sozialdemokraten entsendet, tschechische Unabhängige, deutsche Sozialdemokraten — wahrlich, da kann man, wenn man boshaft ist, von diesem Staate das Wort Grillparzers sagen: „In deinem Lager ist Österreich!“ Polen, Ruthenen, Jugoslawen und die kleinen Nationen, Armenier, Georgier — auch sie im Exil, verjagt von der Sowjetregierung —, Vertreter jüdischer Arbeiterorganisationen in Polen; die Schweiz mit Grimm. Den großen Flügel auf der linken Seite des Saales nehmen die Österreicher ein, deren Redner Adler und Bauer das Ohr und den hürrnischen Beifall des ganzen Kongresses haben.

Und so reist sich Volk an Volk, schon durch ihre Anwesenheit reist sich eine große Kat: Zum erstenmal seit dem Kriege nähern sich hier auf deutschem Boden die Proletarier der Staaten, deren Bürgerium den Krieg in andern Formen, den Haß und die Völkerverhegung fortbilden will in Gewalt. Es ist eine moralische Genugung, eine Öffnung, ein Sonnenstrahl nach dem Unwetter des Krieges und Nachkriegs, daß sie alle in diesem Saale, Männer und Frauen, das Lied des Trostes und der Verheißung singen, den Refrain der „Internationalen“:

Schon jubeln die Sieges Signale! Empor! Der Tag dringt ein, Die Internationale, Sie wird die Menschheit sein!

Notizen.

Neue Lohnverhandlungen. Die Führer der Spitzenorganisationen der Beamten, Arbeiter und Angestellten des Reiches wurden im Reichsfinanzministerium unter Hinweis auf die erheblichen Preissteigerungen in den wichtigsten Bedarfsartikeln wegen einer sofortigen Erhöhung der Gehalte und Löhne vorstellig. Das Reichsfinanzministerium, das bereits eine Prüfü der Lage vorgenommen hat, erklärte seine Bereitwilligkeit, am Montag den 4. Juni in neue Verhandlungen einzutreten. Auf beiden Seiten herrschte Übereinstimmung, daß die Verhandlungen schnell zum Abschluß gebracht und alle Maßnahmen ergriffen werden, um die erhöhten Bezüge möglichst rasch in Wirklichkeit treten zu lassen.

Vorschuh für Kriegsbeschädigte. Der Reichsarbeitsminister hat mit Rücksicht darauf, daß die Verabschiedung des dem Reichstag vorliegenden Gesetzes über die Erhöhung der Renten für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene noch einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte, eine zweite Vorschuhzahlung angeordnet. Sie soll in der Zeit vom 1. bis 10. Juni erfolgen und für alle Empfangsberechtigten höher als der erste in der Zeit vom 10. bis 20. April ausgezahlte Vorschuh sein. Ein Antrag braucht von den Empfangsberechtigten nicht gestellt zu werden.

Um den böhrrischen Staatspräsidenten. Der Gesetzentwurf über die Schaffung eines mit besondern Vollmachten ausgestatteten Staatspräsidenten, der jetzt nach seiner Billigung durch den Reichstag dem Landtag zugeht, wird von diesem voraussichtlich mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Bauernbündler abgelehnt werden. Da die Regierung also auf die für eine Verfassungsänderung im Landtag notwendige Zweidrittelmehrheit nicht rechnen kann, so dürfte sie zu dem letzten ihr zustehenden Mittel, der Volksbefragung, greifen.

Der deutschnationale Redakteur in französischen Diensten. Vor einiger Zeit wurde der deutschnationale Redakteur der „Marienburger Zeitung“, Reiß, von der Anklage des Vordes freigesprochen. Die Verhandlung brachte so gewöhnliche Momente gegen Reiß zutage, daß das freisprechende Urteil von vielen deutschen Blättern offen als Fehlurteil bezeichnet wurde. Wo befindet sich nun der Reiß? Er ist, wie der „Voss. Zig.“ gedruckt wird, in französische Dienste getreten als Redakteur eines französischen Blattes im besetzten Gebiet.

Depeschen.

Aus dem Ruhrgebiet.

Wb. Gelsenkirchen, 29. Mai. Der Ausbruch der Bergarbeiter muß nun als allgemein bezeichnet werden. Der Terror der Kommunisten und Unionisten hat es nach der „Rölnischen Zeitung“ verstanden, die Belegschaften aller Schachtanlagen um weiteren Einfluß zu verhindern. Zur Mittagszeit wie auch zur Nachmittagszeit ist niemand angefahren. Die im Laufe des Nachmittags verübten Terrorakte gegen Bergarbeiter führten an mehreren Stellen zu scharfen Zusammenstößen, wobei es zu Mißhandlungen und schweren Verletzungen kam. In einem Falle wurde ein Arbeiter schwer mißhandelt und dem Gerichtsgefängnis übergeben. Die Unionisten haben die Streikleitung völlig an sich gerissen, was in der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ offen zugegeben wird.

Wb. Bochum, 29. Mai. Während des Sonntags erwies sich nach der „Rölnischen Zeitung“ die durch den Selbstschuß auf 2000 Mann verstärkte städtische Feuerwehrr als Herr der Lage, und es gelang, die Ruhe allerwärts aufrechtzuerhalten und größere Zwischenfälle zu vermeiden. Am Montag morgen wurden auf den Bechen Deutsch-Luxemburg, Dannenbaum, Prinz-Regent und andern die Notstandsarbeiten wieder aufgenommen. Man rechnet mit einem Zusammenbruch der Bewegung am Dienstag. Infolge der Abschneidung der Gaszufuhr liegt die Stadt Bochum seit Sonntag abend völlig im Dunkeln. Da auch die Wasserwerke nicht voll arbeiten können, wurde am Montag nachmittags mit der Abstellung der Wasserzufuhr begonnen.

Wb. Essen, 29. Mai. Die am Sonnabend hier begonnene Teuerungskrawalle fanden gestern ihre Fortsetzung. Nach der „Rölnischen Zeitung“ stürzte sich vor allen Lebensmittelgeschäften im Zentrum der Stadt die Menge, um von den gewalttätigen Preisherabsetzungen Waren möglichst viel zu erlangen. Die meisten Geschäfte waren aber gegen Mittag bereits ausverkauft. Am gestrigen Vormittag wurde auch der Essener Schlahtof von kommunistischen Hundertkassern besetzt, in dem ebenfalls willkürlich Preisfestsetzungen vorgenommen wurden.

Wieder eine Fabrikbesetzung.

Wb. Mannheim, 29. Mai. Das Oppauer Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik wurde heute früh von den Franzosen besetzt. Der Betrieb ist stillgelegt.

Das neue polnische Ministerium.

Wb. Warschau, 29. Mai. Das neue polnische Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Präsident Bils, Inneres Kierul, Neuhäres Seyda, Finanzen Grabski, Justiz Nowodworst, Unterrichts Glabinski, Landwirtschaft Gicich, Handel Rucharski, Eisenbahnwesen Karlinki, Post Postojewski, öffentliche Arbeiten Lopuzanski. Die Geschäfte des Kriegsministeriums, des Arbeitsministeriums und des Hygieneministeriums werden von General Dinski, von Dorowski und von Sujanski geführt werden.

Indemnität für einen Minister.

Wb. London, 29. Mai. Das Unterhaus nahm das Indemnitätsgesetz in zweiter Lesung mit 297 gegen 143 Stimmen an. Das Gesetz besagt, daß die depozitierten Mitglieder der irischen Selbstbestimmungsliga kein gerichtliches Verfahren gegen den Staatssekretär des Innern oder die beteiligten Behörden einleiten können. Das Gesetz bestimmt, daß Personen, die durch die Deportierung geschädigt wurden, eine angemessene Entschädigung erhalten sollen.

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

(Verkaufspreis gleich Grundpreis x Schließelzahl der Buchhändler z. St. 3300.)

Wieder vorrätig:

Gurt: Meine Kindheit. In hübschem Kalbtenband. 44 Seiten. Grundpreis 3,60 Mark. — Birgel: Der Stern von Afrika. Eine Reise ins Weltall. Grundpreis 2,50 Mark. — Wilhelm Naab: Abu Sefian. (Weltausgabe). Grundpreis 3 Mark. — Birgel: Gesehener. Ein spiritistischer Roman. In hübschem Pappband. Grundpreis 2,50 Mark. — Maxim Gorki: Unter fremden Menschen. Grundpreis 3,60 Mark.

Sollte fürjorge.

Wo versichern sich organisierte Anestellte, Arbeiter und Beamte? Nur in der Volkstürjorge! Anmelbungen, Erhöhungen, Umschreibungen in der Buchhandlung Volksstimme.

Konsumvereins-Mitglieder

stützt eure Genossenschaft, zahlt ein auf eure

Geschäftsanteile

In jeder Verteilungsstelle könnt ihr es tun.

Völker, höret die Signale . . .

Ueber die Länder ziehen wieder die Giftschwaden des Krieges, verpesten die Luft, verdunkeln die Sonne. Das Ungeheure ist noch nicht gestorben, das seit 1914 die Menschheit zerfleischt. Es hat nicht aufgehört, die Völker zu mürden, Menschen zu morden, trotzdem ein „Friede“ geschlossen ist. Aber es lag doch ein paar Jahre gleichsam verdeckt, wurde den Menschen nicht sichtbar. Jetzt geht die Furcht durch alle Völker: von neuem will sich der Krieg aufrichten, über die Menschen herfallen, entsetzlicher und grausamer als in den Unglücksjahren 1914 bis 1918; entsetzlicher wohl auch, als ihn heute die Phantasie ausmalen kann.

Die herrschenden Klassen sind noch nicht zufrieden mit der Verteilung der Beute, sie wollen von neuem den Massenmord entfesseln, um ihre Gewalt zu befestigen. Sie haben starke Bundesgenossen, das ist der Völkerverhaß, der vom Krieg genährt in allen Ländern emporgewuchert ist, das ist ferner die Verblendung vieler Hunderttausender von Menschen gerade in den besiegten Ländern, die unter dem Kriege noch leiden und noch jeden Tag neue Opfer bringen. Die Niedergejagten meinen, sie könnten sich wieder erheben, wenn die Welt von neuem erniedrigt werde, ihr Elend gemildert, wenn neues Kriegselend entfessele, ihre Armut verschwinden, wenn auch die letzten Lebensgüter vernichtet werden. Von diesem krankem Wahn erfaßt sind auch Menschen, die sonst durchaus friedfertig nur ihrem Tageswerk lebten. So bekommt der Faschismus Zulauf und der Kommunismus russischer Färbung, der sich auf Gewalt stützt, wie der französische Imperialismus, zieht Verzweifelte und politisch Besessene in seinen Bann.

Gegen Krieg und Gewaltpolitik erhebt sich in allen Ländern nur die sozialistische Arbeiterklasse. Sie ringt mit diesen dunkeln Mächten, sucht sie niederzuhalten, den Frieden, die Arbeit und Demokratie zu schützen. Im Vordertreffen dieses harten Kampfes steht die deutsche Sozialdemokratie, die mit dem Frieden auch die junge deutsche Republik, alle Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes zu verteidigen hat. Sie weiß, daß sie unterliegen muß, wenn sie allein steht in der weiten Welt. Darum hat sie in der Pfingstwoche nach Hamburg gehen und gelauert, wo Sozialisten aus allen Ländern versammelt waren, um die Teile der alten sozialistischen Internationale von neuem zu binden, gegen Gewalt und Krieg eine starke Front über den ganzen Erdball aufzurichten. Die deutschen Sozialisten wollten hören, ob in andern Ländern trotz Krieg und Völkerverhaß die Menschlichkeit wieder eine Stütze gefunden habe, ob man Verständnis hat für die Lage des deutschen Volkes.

Es ging von Hamburg eine große Hoffnung aus. Dort sprachen Männer und Frauen, die deutsche Worte nicht anwenden und vielleicht auch nicht deuten konnten ohne die Vermittlung des Uebersetzers, die aber unmittelbar das deutsche Leid, das Sehnen und das gewaltige Ringen des deutschen Volkes verstanden. Weil es auch ihr Leid, ihr Sehnen war.

Im Lande hat man über die Hamburger Lage gelesen und wurde von großer Zubericht erfüllt. Und doch kann das gedruckte Wort in der Zeitung nur schwach anklingen lassen, was zur brausenden Melodie wird, wenn sich Menschen gegenübersehen, Auge in Auge, erfaßt von einem Geiste, der siegend die Welt umkreist, erfüllt von einer Idee, die Menschen erhebt über alle Niedrigkeit. Dieses große Erlebnis der Gemeinsamkeit aller schaffenden Menschen der Erde, die Kameradschaftlichkeit, die über alle Landesgrenzen und Meere geht, hatten am Montag nachmittags in Magdeburg viele Tausende Sozialisten und Sozialistinnen, die an der internationalen Kundgebung in der Halle „Land und Stadt“ teilnahmen. Die Alten standen im tiefsten Erschütter, die Jungen im hellsten Jubel.

Wenn ein Wille Menschen entflammen kann, hier waren Menschen zu Flammen geworden. Wenn Ideale und Begeisterung von Menschen alle körperliche Müdigkeit, alle Bekümmernisse nehmen, sie emporreißen können über alle Erdenlämmer, hier war es geschehen. In drangvoller Enge standen Männer, Frauen, Mädchen, Jungen nahezu drei Stunden. Alte Mütterchen, weißhaarige Greise darunter. Sie standen mit leuchtenden Augen, wie in heiliger Andacht. Die meisten waren direkt von der Arbeit gekommen, seit dem frühen Morgen unterwegs. Ueber eure deutschen sozialistischen Versammlungen waltet so etwas wie Religion, sagt der Genosse Berger aus Amerika. Wenn Religion tiefinnerste Gemeinsamkeit ist, das Aufgehen des einzelnen im Ganzen, in einer Idee, die größer ist als alle, dann war diese Stunde in der schlichten, aber doch so gewaltigen Halle Gottesdienst. Und in keiner Kirche gab es jemals eine Gemeinde, die mehr erfaßt war von einem Großen und Seligen, als diese Tausende im Werktagssfeld.

Von der Tribüne grüßte der Arbeiterführer. „Wir sind der Sturm“, hallte es machtvoll durch den Raum. „Das heilige Feuer schüren wir.“ Klang danach wie Gelöbniß. Genosse Dittmann umriß dann nach einer Begrüßungsrede des Vorsitzenden der Magdeburger Partei. Genosse Wittmann, in scharfen Strichen die Arbeiten des Hamburger Kongresses, die Aufgaben, die er den sozialistischen Parteien der Welt gestellt hat.

Dann sprach, lebhaft begrüßt, Viktor Berger aus Amerika. Er sprach Deutsch. Nicht nur mit dem Munde, mehr noch mit dem Herzen. Er blieb eigentlich nur körperlich auf der hohen Tribüne stehen, sonst war er hinunter gesunken zu den Arbeitern, den Freunden, den Kameraden. Es war, als gäbe er jedem die Hand: wir tragen ein Leid, und Brüder, laßt uns einig sein und für den Sozialismus kämpfen. Ich will in fernen Amerika für euch wirken, denn auch geschieht unrecht. Aber — der Redner machte in innerer

Verbeugung eine Pause — seid guten Mutes, das deutsche Volk kann nicht untergehen, es ist zu gut, zu tüchtig. An die Zukunft eures Volkes muß der glauben, der euch, die Arbeiter, sieht. Die Größe eurer Bewegung, eurer Schaffen, euer Pflichtbewußtsein.

Bei der temperamentvollen Rede des Engländers J. M. Moor zeigte es sich, daß eigentlich zwischen Menschen, die verbunden sind durch eine Bestimmung, das Wort nicht das alleinige Verständigungsmittel ist. Moor sprach in seiner Muttersprache. In glänzender Rhetorik und ungemein lebhafter Art des Vortrags. Sicher gab es sehr wenige Zuhörer, die die englische Sprache verstanden, aber die ganze Versammlung war von der Rede gefesselt. Dies Schauspiel wiederholte sich bei der Rede des Italieners Modigliani, der Französisch sprach, mit dem Feuer und der Leidenschaft des Romanen. Genossin Kalnin (Lettland) und Koro (Kugoslawien) sprachen Deutsch.

Es ging häufig ein Leuchten durch die Riesenversammlung, die Menschen standen von einem festlichen Glanze überstrahlt. Dabei lag ihnen noch der Staub der Arbeit in Kleidern und Haar. Von Zeit zu Zeit brauste jubelnder Beifall auf, viele tausend Hände erhoben sich, dann war es, als weite sich der Raum, die schweren Bögen zitterten, die Wände fielen, über allen Menschen war Licht und Freiheit. Hier brach ein Wille, eine Idee urgewaltig empor aus tiefstem Innern des schaffenden Volkes.

Die höchste Steigerung fand aber die Begeisterung, als zum Schluß die Sänge der Internationale anstimmten. Beim Rehrreim wandte sich ihr Dirigent an die Masse im weiten Saal. Ein Aufflammen, ein Gedanke ging durch alle Herzen. Der Italiener reichte dem Deutschen Dittmann die Hände, gewaltig brauste der Sang der Tausende:

Völker, höret die Signale,
Auf zum letzten Gefecht,
Die Internationale
Erkämpft das Menschenrecht.

In großen Massen waren die Arbeiter gekommen. Die langen Sitzreihen waren bald gefüllt, die Hauptmasse der Besucher aber stand in der großen Arena. Der Arbeiterführer sang mit starker Wirkung zwei Lieder, Genosse Wittmann begrüßte die ausländischen Gäste und die gewaltige Zahl der Magdeburger Besucher.

Genosse Dittmann.

Als erster Redner nahm Reichstagsabgeordneter Genosse Dittmann das Wort: Die Erwartungen des internationalen Proletariats vom Weltkongreß in Hamburg sind nicht enttäuscht worden. Die im Weltkrieg zerprengte Internationale ist durch das Einigungswerk in Hamburg wieder neu entstanden. Das wird Jubel und Begeisterung bei dem Proletariat aller Länder auslösen. Das Ziel der sozialistischen Internationale ist die Ueberwindung des Kapitalismus und die Herbeiführung des Sozialismus durch den proletarischen Klassenkampf.

Der Kongreß hat Stellung genommen zu den gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Problemen der Gegenwart. Er hat das Proletariat aller Länder aufgerufen zum einheitlichen, geschlossenen Kampfe gegen den internationalen Imperialismus, der neue Kriegsgefahren heraufbeschwört. In Hamburg haben die Vertreter des Weltproletariats auch die Frage erörtert, wie der Weltkrieg endlich vernünftig liquidiert werden kann. Es sind dazu Forderungen aufgestellt worden, für deren Durchführung sich die sozialistischen Parteien aller Länder einsetzen werden. Das ist

praktische sozialistische Verständigungspolitik.

Wo ist irgendeine bürgerliche Partei in Frankreich und Deutschland, die ein Einbernehmen in der Reparations- und Friedensfrage miteinander erzielt haben? Nur der Sozialismus vermag die Brücken von Land zu Land, von Volk zu Volk zu schlagen. Der Kapitalismus kann nur Zwietracht und Völkerverhaß säen. Wie anders würde es aussehen um Deutschland, um Europa, wenn sich auch die Bürcerlichen aller Länder im Interesse des Friedens, der Volkswohlfahrt und der Kultur verständigen würden, wie wir Sozialisten es getan haben. Und die Verständigung brauchen wir mehr denn je. Ist es doch der Fluch des Kapitalismus, daß er nicht Frieden und Versöhnung, sondern Krieg und Vernichtung bringt. Nur wenn es gilt, das Proletariat in der kapitalistischen Frontherrschaft festzuhalten, dann finden sich die Kapitalisten aller Länder zur Verständigung.

Die internationale Reaktion wird von den Großkapitalisten der Welt offen oder verdeckt unterstützt. Deshalb gilt unter Hauptkampf diesem Großkapital, denn es will die politische Reaktion herbeiführen, um seine wirtschaftliche Macht noch fester zu gestalten, den Achtstundentag zu beseitigen und um das Proletariat noch intensiver auszubeuten. Gegen diese Angriffe des Großkapitals auf die Arbeiterklasse müssen wir Sozialisten den geschlossenen Abwehrkampf des Proletariats organisieren. Wir rufen auf zur Solidarität des internationalen Proletariats zum Kampfe gegen die internationale Reaktion. Vorwärts, bis allen Völkern das rote Banner siegreich voran weht.

Zur Befestigung dieser Solidarität sprachen dann die ausländischen Genossen zu den Massen des Magdeburger Proletariats. Als erster

Genosse Berger (Amerika).

Die Versammelten begrüßten jähemisch diesen unerbrochenen Kämpfer für den Sozialismus, dem die Trabanten der Dollarsonne schon sehr oft, besonders im Weltkrieg übel mitgespielt haben. Genosse Berger überbrachte zunächst die Grüße der Sozialisten Nordamerikas, die dort ebenfalls im schwersten Kampfe gegen den Kapitalismus und seine Auswüchse stehen und fuhr dann fort:

Der einzigartige amerikanische Kapitalismus herrscht rücksichtslos und schrankenlos. Ihn hindern keine Rücksichten auf Entwicklung und Tradition. Wer sich darum einbildet, das freie Amerika sei das Land der Demokratie, der ist gewaltig auf dem Holzweg. Nicht demokratische Volkswirtschaft stehen dort im Vordergrund, nicht freie Bahn dem Tüchtigen ist die Parole, sondern die Herrscher im Dollarland kennen nur eine Freiheit, die der unbeschränkten Bereicherung und Ausbeutung. Ihr oberster Grundhieb ist

freieste Bahn den Kapitalisten!

Gegen diese rigorose Kapitalistenklasse haben wir amerikanischen Sozialisten im Weltkrieg den schärfsten Kampf aufgenommen. Wir wollten vor allen Dingen verhindern, daß sich Amerika in diesen Streit der europäischen Kapitalisten unter-

einander einmischt. Die Raube der Kapitalisten war Verfolgungen und Anklagen. 22 Anklagepunkte gegen mich allein schon zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Genosse Berger errechnete unter großer Beifall der Versammlung, wie lange er noch leben müßte, wenn ihm die übrigen 21 Anklagepunkte ebenfalls jeder 20 Jahre Kerker eingebracht hätten und er diese Strafen auch verbüßen sollte. Dann fuhr er fort:

Bei meiner Reise zum Hamburger Sozialistenkongreß habe ich ein andres Deutschland vorgefunden, als es vor dem Kriege war. Das konservativ-militaristische hat dem demokratischen Deutschland Platz machen müssen. Auch das alte Deutschland ist nicht allein für den Krieg verantwortlich zu machen, sondern wenn von einer Schuld zu sprechen ist, so trifft sie alle Nationen. Darum verlangen wir auch, daß

alle Völker Reparationen leisten.

Aber der Versailler Vertrag ist ein Teufelspakt und alles andre eher als ein Friedensvertrag. Seit diesem Diktat bin ich ganz entschieden für Deutschland und mit mir die Sozialisten aller Länder.

Die Internationale wird das Unrecht von Versailles in wirkliches Recht verwandeln. Aber das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterklasse, darf sich nicht allein auf äußere Hilfe verlassen. In euch selbst habt ihr eure wirksamste Hilfe, wenn ihr euch immer fester zum Widerstand gegen Gewalt und Unrecht aufschließt. Die deutsche Arbeiterklasse darf sich nicht provozieren lassen, sondern muß den Widerstand des Geistes leisten wie an der Ruhr. Nut ab vor den Ruhrgegnossen! Dieser stille Selbennut und das zu Unrecht erduldet Leid des deutschen Volkes muß endlich doch das Weltbewußtsein auf-tütteln.

Der deutsche Dichter Heine verglich Deutschland mit Recht mit einem jungen Riesen, dessen Arme die Sonne ist.

Deutschland hat die beste Justifikation,

besser als sie jedes andre Land der Erde hat. Solches Land ist nie unterzuerliegen. Vor allen Dingen auch die deutsche Arbeiterklasse nicht. Die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands ist Vorbildlich für die gesamte Internationale. Sie wird die schweren Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben, die ihrer harren, lösen, zum Wohle der ganzen Menschheit.

Genosse Berger schloß seine mit würdevollem Feisall aufgenommene Rede mit einem Hoch auf die deutsche und auf die internationale Sozialdemokratie.

Sodann folgte die von großer Leidenschaft und Ueberzeugungstreue getragene Rede des

Genossen Moor (England),

die Reichstagsabgeordneter Genosse Paul Levi überreichte. Er führte ungefähr aus:

Den deutschen Genossen habe ich die Grüße der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands auszurichten. Unsere Partei erklärte schon bei Kriegsausbruch, daß ein Krieg der Arbeiterklasse weiter nichts bringen kann als ein und dasselbe Elend und daß die Verlierer alle Länder sind. Die Independent Labour Party weigerte sich, die Waffen gegen die deutschen Brüder zu erheben und ihre Vertreter gingen dafür bis auf ein Mitglied ins Gefängnis. Wenn jetzt Millionen englische und deutsche Arbeiter zueinander reden könnten, sie würden sie erzählen, daß sie von gleichem Joche bedrückt sind.

Das Friedensdiktat von Versailles trifft ebenso hart den englischen, wie es den deutschen Arbeiter trifft. Deutsche Schiffe mußten ausgeliefert werden, und die Folge davon ist die große Arbeitslosigkeit im englischen Schiffsbau. Die Kohlenlieferungen an Frankreich nahmen dem englischen Bergbau einen guten Abnehmer und verursachten auch dort eine große Erwerbslosigkeit. Dieser

Friede auf Kosten der Kultur,

der in erster Linie die Arbeiter aller Länder in namenloses Elend stürzt, muß mit der ganzen Kraft der neuen Internationale beseitigt werden. Die englische Arbeiterklasse ist bereit, den Kampf dagegen aufzunehmen und wird erzwingen, daß England in Frankreich auf Herstellung der Grundfäße der Gerechtigkeit drängt.

Genosse Moor schloß mit den Worten: „Die Völker müssen sich über die Grenzen hinweg die Hände zum wahren Friedensband reichen. Die Kapitalisten haben euch getrennt, findet euch international zusammen und die Welt wird euer sein!“

Genossin Kalnin (Lettland)

führt in deutscher Sprache unter anderem aus: Der Kriegsausbruch wäre unmöglich gewesen, wenn er nicht ein unvorhergesehenes Proletariat vorgefunden hätte. Wäre es möglich gewesen, gleich nach Kriegsende die Internationale neu zu gründen, die Zukunft würde nicht so trübe vor uns liegen. Drohende neue Kriege und die Furchtengedächte beschleunigen jetzt die Einigung. Leider trägt der Imperialismus nicht allein bourgeoisen Charakter, sondern im Osten wird krasser Imperialismus im Namen des Proletariats getrieben.

Besonders die Frauen sollten sich über das Wiedererwachen der Internationale freuen. Sie tragen doppelteltes Leid im Krieg und müssen Schulter an Schulter mit den Männern dagegen ankämpfen, daß erneutes Würgen ihnen noch die letzten ihrer Söhne nimmt. Aber nicht allein um den Krieg zu beseitigen, haben wir die Internationale geschaffen, sondern um unserm Endziel näher zu kommen, dem Sozialismus. Dazu ist notwendig, daß die in Hamburg gefassten Beschlüsse auch in die Tat umgesetzt werden. (Starker Beifall.)

Genosse Modigliani (Italien)

hielt seine Rede in französischer Sprache. Sie wurde ebenfalls vom Genosse Dr. Levi überreicht: Zwar hat eine Verbrederkunde die italienische Arbeiterbewegung vorübergehend unterbrocht, aber der Sozialismus lebt und ist bereit. Die tiefere Ursache für den Faschismus ist in allen Ländern die gleiche: es ist der Krieg, der wie man den Völkern vorredet, für die Demokratie geführt werde, um die Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen. Er ist aber geführt und geschürt worden von den Kapitalisten aller Länder für Erraffung neuer Warenabgabengebiete und neuer Rohstoffquellen. Die Bourgeoisie aller Länder trägt mehr oder weniger Schuld an dem Völkermorden. Diese Schuld gegeneinander abzumägen, ist unmöglich. Aus kapitalistischen Profitinteressen ist der Krieg in allen Ländern von den kapitalistischen Mächten vorbereitet worden. Das Ergebnis des Krieges aber ist nicht die Demokratie, die Freiheit und die Beseitigung der Ungerechtigkeit, sondern eine ungewohnte Woge des Barbarismus, des Nationalismus und Militarismus in der Welt. Eine große Lehre hat das Proletariat daraus zu ziehen: die Bourgeoisie hat nur so lange von Freiheit geträumt und gesprochen, solange es galt, für sich die Freiheit zu erlangen auf Kosten des Proletariats; die Bourgeoisie aber hat aufgehört von Freiheit zu sprechen, indem das Proletariat die Freiheit für sich in Anspruch nahm. Und es wird keine Ruhe sein, ehe nicht das Proletariat in einer neuen Bewegung

ein Regiment demokratischer Freiheit

errichtet, getragen auf den Schultern des Proletariats. Es hat die Freiheit zu erobern, eine Freiheit für alle. Diese Lehre hat der Kongreß in Hamburg wohl verstanden. Er hat sich nicht mit Prinzipienerei abgeben, sondern er hat geschaffen ein

Nachrichten aus der Provinz.

Staatsberatung im Provinziallandtag.

Der Landtag beschäftigte sich am Montag mit der Aufstellung des Haushaltes für das Geschäftsjahr 1923. Der Etat schließt mit insgesamt 45 368 Millionen Mark ab.

Landeshauptmann Defer verbreitet sich dann eingehender über die Notwendigkeit, erhebliche Mittel zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aufzuwenden.

Erzählendes ist über die Entwicklung des provinziellen Kleinbahnwesens zu sagen. Die Ergebnisse der Generalisierung, die gerade in unserer Provinz am weitesten fortgeschritten ist, sind durchaus erfreuliche.

Scharf kritisierte der Redner sodann das blamable Ergebnis der Goldanleihe und wandte sich am Schluß seiner Ausführungen innen- und außenpolitischen Fragen, besonders dem Reparationsproblem zu, wobei er sich die Linke nicht nehmen ließ, Herrn Defer, der in diesem Augenblick als mitverantwortlicher Reichsminister sprach, an seine Pflicht zu erinnern, den Besitz endlich schärfer anzufassen.

Die Kussprache über den Etat eröffnet die Rechte mit dem Hallischen Oberbürgermeister Rabe (Dt. Vp.). Beachtlich waren seine Ausführungen über die Notwendigkeit des Wohnungsbaues, die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und die Maßnahmen des Reiches, die zur Verschlechterung der Kreditwürdigkeit der Gemeinden und Gemeindeverbände führen.

Genosse Abg. Henze (Soz.) erinnerte an die hoffnungsvollen Ausführungen des Landeshauptmanns gelegentlich der vorjährigen Staatsberatungen, die sich leider als trügerisch erwiesen haben. Der Etat übertrifft seine Vorgänger in ungeahntem Maße. Unsere Aufgabe muß es sein, die unteren Gruppen des Besoldungsplans verschwinden zu lassen.

Redner erinnerte daran, daß auf dem Gebiet des Straßenbaues die Einnahmen der Kriegszeit jetzt geholt werden müssen. Das wichtigste Gebiet ist das der sozialen Wohlfahrtspflege, für das alle erforderlichen Mittel aufgebracht werden müssen.

Seine Finanzpolitik, wie sie bisher getrieben worden ist, darf nicht mehr weiter getrieben werden, sondern weiterschauen. Handwerk, Industrie, Gewerbe und nicht minder das Bankkapital haben zum mindesten ihre Substanz erhalten, die Landwirtschaft hingegen hat sie bedeutend vermindert. Die einzig Leidtragenden sind Lohn- und Gehaltsempfänger, deren Einkommen nur noch ein Drittel der Friedenszeit beträgt.

Wenn man bedenkt, wie auf der andern Seite die Arbeiter und Angestellten im Glanz hineingetrieben, so muß unsere Steuerpolitik als geradezu unverantwortlich bezeichnet werden. Genosse Henze schloß seine mit allseitiger Aufmerksamkeit aufgenommenen Ausführungen mit den Worten: Wehe dem Volke, bei dem die Aktien steigen und die Menschen sinken.

Die Abg. Müller (Magdeburg, Dem.) und Schilling (Halberstadt, Ztr.) erklärten in kurzen Ausführungen ihre Zustimmung zu dem Etat. Abg. Schippa (Halle, Rom.) hielt eine Wahl- und Weisensrede, die in die berühmte kommunistische Forderung auf Errichtung der Arbeiterregierung hinauslief.

Die beiden Provinzialauschüßvorsitzenden über den Erlaß einer Satzung für das Landesarchivamt Sachsen-Anhalt und über Festsetzung der Gebührenordnung für die Genehmigung der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte durch dasselbe Amt wurde in erster und zweiter Beratung erledigt.

Unter den zahlreichen Vorschlägen, die an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurden, befindet sich ein Antrag der Vereinigten sozialdemokratischen Partei folgenden Inhalts:

Der Provinziallandtag wolle beschließen, in geeigneter Weise beizutragen, daß der Provinziallandtag in geeigneter Weise sich für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und die Bekämpfung der Tuberkulose einsetzt, mit einem organischen Leiden befallener und ständig fremder Pflege und Wartung bedürftiger Personen freie provinzielle Anstalten mit dem notwendigen Pflegepersonal oder in sonst geeigneter Weise Plätze bereitgestellt werden mit der Maßgabe, daß mit der näheren Ausführung dieses Beschlusses der Provinzialauschuß beauftragt wird. Zu diesem Zwecke wird für das Rechnungsjahr 1923 der Betrag von 50 Millionen Mark eingestellt.

Ein Besuch der Leitung der Mitteldeutschen Ausstellung in Magdeburg, die 50 Millionen Mark, die seinerzeit als Garantie gesammelt worden sind, zu Wohlfahrtswenden zu überlassen, wird, um keinen Präzedenzfall zu schaffen, einstimmig abgelehnt.

Neuer Lohnabschluß im Baugewerbe.

Durch Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der vier Bauarbeitgeberverbände für die Provinz Sachsen-Anhalt ist am 28. d. M. folgendes Lohnabkommen für den Monat Juni getroffen worden: Die Tarifvertragsparteien vereinbarten, daß ab 31. Mai bis 13. Juni einschließl. der Spitzenlohn 2200 Mark, ab 14. Juni bis 27. Juni einschließl. der Spitzenlohn auf 2600 Mark festgesetzt wird.

Demnach beträgt der Lohn für die 1. Lohnklasse vom 31. Mai bis 13. Juni 2200, für Hilfsarbeiter 2112, für Tiefbauarbeiter 2024; für die 2. Lohnklasse 2156, 2070, 1984; für die 3. Lohnklasse 2068, 1985, 1903; für die 4. Lohnklasse 1980, 1900, 1822 Mark. Vom 14. bis 27. Juni 1. Lohnklasse 2600, 2496, 2392; für die 2. Lohnklasse 2548, 2445, 2344; für die 3. Lohnklasse 2444, 2346, 2249; für die 4. Lohnklasse 2340, 2247, 2153 Mark.

Unterbezirke Neuhalbensleben-Wolmirstedt.

Olvenstedt. Arbeiter-Verbeiporier. Am 3. Juni veranstaltet das hiesige Sportkartell einen Sporttag. Morgens 8 Uhr Stern-Spiel, 9 Uhr Wettschiß zum Badeanstalt, 9 1/2 Uhr Schwimmbahnvorführungen, Musik- und Gesangsvortritte, 11 Uhr Radrennen. Um 2 Uhr sammeln sich die Sportgenossen in ihrem Vereinslokal, von wo sie abgeholt werden zum Umzug. Nach dem Umzug finden auf dem Sportplatz Vorführungen sämtlicher Sportvereine statt. Abends Fußball in zwei Sälen. Da sämtliche Vereine fleißig geübt haben, werden den Zuschauern gute Leistungen vorgeführt werden. — P o b l i k a n i s c h e N o t i z e n. Am Mittwoch abends 8 Uhr findet im Lokale von B. Ehre eine wichtige Sitzung der Republikanischen Rotweir statt, wozu auch sämtliche Parteigenossen dringend eingeladen werden. — G e h ö r t e D i e b e. Ein schlechter Empfang wurde Dieben zuteil, die nachts einem in den Schrebergärten an der Magdeburger Straße gelegenen Hünerhof einen Besuch abstaten wollten. Es war ihnen geglaubt, in die Badeanstalt und in den Schrebergarten einzudringen. Nachdem sie die äußere Tür erbrochen hatten und durch einen Auslauf zu dem Hünerhof gelangen wollten, wurden sie durch dort angebrachte Selbstschüsse in die Nacht getrieben.

Neuhalbensleben. Die nächste Parteiverammlung findet am Mittwoch den 30. Mai, abends 8 Uhr, bei Herzog statt. Da wichtige Fragen auf der Tagesordnung stehen, ist vollzähliges Erscheinen der Mitglieder unbedingt erforderlich. — Die

rasende Steigerung der Leuerung und die Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Verleumdung der Arbeiterschaft waren Gegenstand einer Aussprache der Betriebsräte, der Gewerkschaftsvorstände und der Vertreter des Ortsausschusses, die am Sonntagabend bei Herzog stattfand. Von Angehörigen des Porzellanarbeiterverbandes wurde die Forderung nach Goldmarklöhnen und Gewährung einer Wirtschaftsbefreiung von 200 000 Mark gestellt. Die Berechnung dieser Forderung steht in der Zeit der freien Wucherwirtschaft außer Frage. Wenn die Industrie und die Erzeuger überhaupt ihre Produkte um des dreimaligen erhöhten Preises willen nach Goldmark berechnen, kann es nicht angehen, daß man die wichtigsten Glieder des Produktionsprozesses mit Papiermarklöhnen und -gehalten abspießt, die bei weitem nicht dem Existenzminimum entsprechen. Nachdem die Marktstabilisierung zusammengebrochen ist und eine wahnwitzige Dollarsteigerung zur Folge gehabt hat, gibt es in der Preissteigerung kein Halten mehr. Die Kreise, die während der Stabilisierungsbestrebungen sich in bezug auf die Preisfestsetzung äußerster Zurückhaltung annehmen, können jetzt die Preise nicht schnell genug dem steigenden Dollarkurs anpassen. Die Leidtragenden sind dabei die Verbraucher aus der großen Masse des werktätigen Volkes, deren Löhne noch nie mit der Geldentwertung Schritt gehalten haben. Unter diesen Umständen steht außer Zweifel, daß das letzte Lohnabkommen in der Eisenindustrie, das für die letzten 14 Tage 15 Prozent und für die laufende Woche 20 Prozent Erhöhung vorsah, überholt ist, und daß schleunigst ein Ausgleich geschaffen werden muß. Bei der Untersuchung der Ursachen der Preissteigerung ist die Kapitalistenklasse in der Verantwortung zu sehen, die sie in der kapitalistischen Wirtschaftsweise begründet liegt; es konnte jedoch nicht ausbleiben, daß man dabei auf das politische Gebiet geriet und feststellen mußte, daß die heutigen Zustände nicht zuletzt darauf zurückzuführen sind, daß ein großer Teil der Bevölkerung am 8. Juni 1920 dem Bürgerturn zu einer Mehrheit im Reichstag verhalf, die sie bis auf den heutigen Tag rücksichtslos zum Nutzen ihres Geldbeutels, aber zum Schaden des werktätigen Volkes ausgenutzt hat, und heute in der Regierung Luno eine Schwächlerin ihrer Interessen besitzt, wie sie sich nicht besser wünschen kann. Soweit die namentlich von kommunistischer Seite propagierten Kontrollausschüsse und Preisprüfungsausschüsse Gegenstand der Erörterung waren, stand die Beschränkung auf dem Standpunkte, daß diese Einrichtungen, solange sie nur auf dem Papier stehen und keinerlei tatsächliche Machtbefugnisse haben, nicht geeignet sind, das Uebel bei der Wurzel zu fassen. Die Aussprache schloß schließlich in dem Beschlusse, daß sämtliche Gewerkschaften unverzüglich mit ihren Lohnkommissionen und Zentralinstanzen in Verbindung treten und neben der sofortigen Anbahnung der Löhne an die Forderung für die Zukunft an Stelle der festen Lohnsätze die gleitende Lohnskala fordern. Als Meinung teilte Genosse Feldmann mit, daß nach einer ministeriellen Anordnung in allen Orten Verbräuerkommissionen der Verbraucher gebildet werden sollen. Diese haben die Verbindung mit der Polizei aufzunehmen und auf die Verfolgung aller zu ihrer Kenntnis kommenden Wucherfälle usm. Bedacht zu sein. Zum Schluß leitete sich der Kommunist Habbe unerhörte Beschimpfungen der Sozialdemokraten. Es ist an der Zeit, daß diesem Gesellen, der sich in jeder Versammlung als Störenfried erweist, endlich einmal das Handwerk gelegt wird. Für jeden ernsthaften Gewerkschafter wird es zu einem Gebote der Selbstachtung, in Zukunft jedes Zusammenarbeiten mit diesem kommunistischen Schimpfapostel abzulehnen. — Ein markenfreies Brot 3500 Mark! So hat's die Preissteigerungskommission der Bäcker-Zwangsunion des Kreises Neuhalbensleben beschlossen. Nachdem wir kürzlich festgestellt haben, daß die Neuhalbenslebener Bäcker den Berlinern mit den Preisen weit voraus waren, sind wir gespannt, wie sie diesen neuesten Raubzug auf die Taschen der Verbraucher rechtfertigen wollen. Neuhalbensleben in der Bemüherung des Volkes in Preußen voran!

Internationale Jugendkundgebung

am Donnerstag den 31. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Saale des Franzosenhofs, Werner-Fricke-Straße. Es werden sprechen: Koos Vorrink (Holland), Hans Hansen (Dänemark), Max Westphal (Deutschland). Alle jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge müssen kommen; es gilt, den internationalen Willen der arbeitenden Jugend zu bekunden. — Zur Dedung der Ankosten werden 200 Mark Eintritt erhoben. 320

Kreis Gerichtsw. 1.

Germisch. Der Parteiberein hält am Mittwoch den 30. Mai, abends 8 Uhr, seine Mitgliederversammlung bei Lentze ab. Die Tagesordnung ist außerordentlich wichtig und das Erscheinen aller Mitglieder geboten.

Kreis Kalbe.

Agendorf. Öffentliche Volksversammlung. Die Versammlung am Sonntag war auf beacht. Landtagsabgeordneter Genosse Brandenburg sprach über die politische Lage und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Er zeigte, wie groß die Unterernährung der Kinder der schaffenden Bevölkerung ist, wie die Tuberkulose überhandnimmt, alles durch die Auswirkungen des Weltkriegs. Dagegen gilt es anzukämpfen. Jeder Arbeiter gehört in die Vereinigte sozialdemokratische Partei, jeder muß die „Volkstimme“ lesen und nicht etwa eine bürgerliche Zeitung oder gar das Blatt des Hegapostells Hottentrot. Obwohl Kommunisten anwesend waren, wagte es keiner von diesen Vandalen, dem Genossen Brandenburg entgegenzutreten, trotzdem sie das in den Betrieben versprochen hatten. Ob es bessere Einsicht oder Laktit war, wissen wir nicht. Sie schämten sich wohl vor der Abrechnung, die ihnen durch den Genossen Brandenburg zuteil geworden wäre.

Eggersdorf. Gemeindevorsteherziehung. Die Steuerläge der Realruener lassen noch einmal zur Beschlußfassung vor. Eine Änderung trat infolgedessen ein, daß die Gewerbesteuer in Klasse I 6000%, Klasse II 4000%, Klasse III 3000% betragen soll. Alle anderen Steuerläge bleiben so bestehen, wie sie in der letzten Sitzung beschlossen waren, die Grundsteuer 100 000%, die Gebäudesteuer 4000%. Der Umwandlung der Feuerversicherung für das Eigentum der Gemeinde in eine Festmarkversicherung wurde zugestimmt. Die Verbilligung des Bestattungswesens wurde zurückgestellt. Zur Beschlußfassung über den Satzungsentwurf des Arbeitsnachweises Schönebeck soll erst die Vertretersitzung abgewartet werden, die vom Arbeitsamt einberufen werden soll. Die Erhöhung der Armenunterstützung wurde dem Gemeindevorstand überlassen. Ebenso wurde auch in der Festsetzung der Entschädigung für Reinigung der Schule und des Amtsbüros verfahren. Weiter wurde beschloffen, für jede Schulklasse 80 Zentner Kohlen zu liefern und dem Gendarm Röhre für die Ermittlung der Täter, welche auf der Chaussee die jungen Obstbäume abgebrochen haben, eine Prämie von 10 000 Mark zu geben. — B a n d a l i s m u s. In der ersten Hälfte des Monats Mai wurden auf der Straße zwischen dem Gradierwerk und Eggersdorf circa 16 junge Obstbäume, welche in schönster Blüte standen, abgebrochen. Als Täter wurden der 20jährige Fritz Döhl und der 17 Jahre alte Lichtenberg, beide aus Groß-Salze, ermittelt. Diese Lummel können jetzt hinter Gefängnismauern über die Tat nachdenken.

Schönebeck. Eine Meite. Die unter falscher Flagge segelnde kommunistische Meite für den Nachtausflug am Sonntagabend nach Blödy hatte einen fürchterlichen Erfolg zu verzeichnen. Es waren nämlich ganze 20 Mann, ganz junge Leute, erschienen, unter ihnen sogar einige mit schwarzweißen Abzeichen. Das sind die Felder, welche sich auf Kosten unserer Genossen einen bergnügten Abend verschaffen wollten. Für Schönebeck und Umgegend ist für kommunistische Quartierbezirke kein Boden. — B r ü c k e n a u f r i c h. Der alle Jahre

zum Teil auszuführende Brückenanstreich mit Tansa dieser Woche aufgenommen worden. Diese Arbeiten, welche heute größere Summen verschlingen, wurden von der Stadtverwaltung in eigener Regie der Leitung des Brückenzementen ausgeführt. Die Materialien werden ebenfalls von der Stadt selbst eingekauft, wodurch die Kosten erheblich niedriger sind.

Schönebeck. Eine in der Schönebecker bürgerlichen Welt beliebte Kritik wegen des schlechten Zustandes des Radfahrweges (Bismarck-Straße) hat wieder einmal den Zweck, der Stadtverwaltung unter ihrer jetzigen Mehrheit einzuschmeicheln. Das Blatt kann sich nicht an die Heuzeit gewöhnen. Ueber die damaligen Umbenennungen der Straßen hat auch die „Schönebecker Zeitung“ ihren Lesern berichtet, sie bringt es aber trotzdem wieder fertig, jetzt von der „früheren Richtung“ statt Bismarck-Straße zu berichten. Ueber den schlechten Zustand des Radfahrweges ist folgendes zu sagen: Schon längere Zeit werden Untersuchungen angestellt, inwieweit ein Verschulden der Hauseigentümer zutrifft, um sie zu den Kosten heranzuziehen. Denn es ist festzustellen, daß das Wasser von den Häusern den Weg unterpflüht. Die Abwässer werden nicht unter der Erde abgeleitet. Dies ist auch auf dem Radfahrweg Froher Straße der Fall. Die Zeitung kann also ihren Lesern nun ruhig mitteilen, daß auch ohne ihre Kritik die Verbesserung der Radfahrwege erfolgt.

Stahfurt. Parteiverammlung. Die gut besuchte Versammlung am Sonntagabend ehrte zunächst das Gedenken der verstorbenen Genossen Grop, Ulrich und Genosin Mumment durch Erheben von den Plätzen. Dann referierte Landtagsabgeordneter Wicjorowski über die letzten Vorgänge im Landtag. Er schilderte die Genialpolitik der kommunistischen Abgeordneten schon seit 1921. Durch ihre dauernden bößhaften Angriffe hat sich diese Sorte „Volkvertreter“ selbst gerichtet. In der Aussprache wurde von sämtlichen Rednern verlangt, daß unsere Parteigenossen gegenüber solchen Exzessen endlich aufhören müssen. Genosse Heiler junior gab den Bericht von der Bezirksauschüßung und vom Jugendrat in Langemünde. Dem Bericht war zu entnehmen, welche wirtschaftlichen Schwierigkeiten die sozialistische Arbeiterjugend zu überwinden hat und trotzdem vorwärts schreitet. Die Genossen wollen eine Sammlung für die Jugend veranstalten. Die Preisermittlung hat heute große Schwierigkeiten zu meistern und fordert die Genossen auf, für die weitere Verbreitung der „Volkstimme“ ihrer Pflicht zu genügen. Genosse Gehe forderte zum Schluß noch einmal auf, unermüdet tätig zu sein für die Interessen der Arbeiterschaft.

Kleine Chronik.

Ein Ehepaar in den Flammen umgekommen. Wie aus M a n c h e n berichtet wird, ist in der Nacht zum Sonntag der Reichswehrgefreite Joseph Weber in seiner Laube bei Baim mit seiner Frau verbrannt. Die Leichen wurden aus dem brennend zusammengefallenen Hochhaus geborgen.

Wie die Agrarier abgefeuert. In einem Vorje bei Wittweida i. Sa. verhielten zwei Gendarmen, einen Rittergutsbesitzer zur Abfertigung von 47 Zentner Umlagegetreide zu veranlassen. Der Besitzer widersetzte sich, wurde gegen die Beamten tätlich und brachte beiden schwere Verletzungen bei. Daraufhin machte einer der Verletzten von seiner Waffe Gebrauch und verwundete den Angreifer lebensgefährlich.

Die eignen Kinder erschlagen. Ein entsetzlicher Mordmord wird aus Hamburg gemeldet. Am Sonntag fuhr der fleißige Kellner Blendow mit seinen beiden Kindern, einem zwölfjährigen Sohn und einer 9jährigen Tochter, nach Bergedorf. Auf einer Fußwandlung nach Steinbeck hat der Vater beiden Kindern mit einem Feldstein den Schädel eingeschlagen. Die Kinder wurden blutüberströmt in einem Roggenfeld aufgefunden. Das Mädchen starb nach kurzer Zeit, der Knabe liegt hoffnungslos im Krankenhaus. Der Täter wurde bald darauf in Bergedorf verhaftet. Er war bereits zweimal in einer Irrenanstalt und war erst Oftern aus der Anstalt entlassen worden.

Bereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Zeile 300,00 Mark, aufgenommen. Grupp. Gesangsverein. Übungsstunde Donnerstag im „Monopol“, Köhner Str. Deutscher Gefängnisarbeiter-Verband. Mittwoch den 30. Mai: Mitgliederversammlung in der „Reichshalle“, Otto-v.-Guericke-Straße 18/19. 1144 Verband der Sattler, Lederer u. Portefeutler. Am Donnerstag den 31. Mai, abends 7 Uhr. Versammlung im Zeichenaal der Schule Str. Schulstr. 1. Muffler-Verband. Mittwoch den 30. Mai, abends 8 Uhr. Versammlung Gruppe III und Nebenbesucher bei Fichtefeld, Knoschenauerstr. 1143 Fr. Wassersportverein, Abt. Mstf. Baden Wilhelmshafen Mittwoch u. 7-8 1/4 Uhr.

Warenmärkte.

Berliner Produkten-Börse. (Unschl. Notierungen vom 28. Mai.)

Table with columns: Produkte, 50 Kilogramm Markt, Produkte, 50 Kilogr. Markt. Lists various goods like wheat, rye, barley, etc. with prices.

Wasserstände.

Table with columns: Ube., Fall Buchs, Siben, Fall Buchs. Lists water levels for various locations like Brandenburg, Oberpegel, etc.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 30. Mai: Aufsteigend, trocken, wärmer. — (Schluß des redaktionellen Teils.)

Advertisement for Kukirol. Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt schnell, sicher, schmerzlos und geruchlos. In viel Millionen Fällen glänzend bewährt in Apoll. u. Droge erhältlich. Gegen Brandpocken, Halberstädter Str. 58; Heinenberg & Co. Nacht. und städt. Filialen; Drogeriein Geithe-Drogerie, Gr. Diesdorfer Str. 25; Nimmelsch-Drogerie, Himmelreichstr. 13; W. H. Klocke, Gr. Diesdorfer Str. 243; M. Knieze, Breiteweg 195; E. Lorenz, Alter Markt; B. Wierich, Viktorstr. 1; Paul Elsent, Hohenfortstr. 2; in Bismarck: Droge. A. Huber Nacht, Schönebecker Str. 102.

